Stand: 13.09.2026 13:03:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10702

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Sanierung Brücke Rudolphstein-Sparnberg (Kap. 09 03 neuer Tit. 883 20)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10702 vom 10.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11375 des HA vom 18.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 22.04.2026 (EPL 9)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 10.03.2026 **Drucksache** 19/**10702**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Jürgen Baumgärtner, Daniel Artmann, Konrad Baur, Barbara Becker, Maximilian Böltl, Jürgen Eberwein, Patrick Grossmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Josef Schmid, Thorsten Schwab, Werner Stieglitz, Kristan Freiherr von Waldenfels** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sanierung Brücke Rudolphstein-Sparnberg
(Kap. 09 03 neuer Tit. 883 20)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 03 wird ein neuer Tit. 883 20 „Zuweisungen für die Sanierung mit Ersatzneubau der Brücke Rudolphstein-Sparnberg“ ausgebracht und für das Jahr 2026 mit 20,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Die Brücke ist seit 2024 wegen Mängeln komplett gesperrt. Eine Sanierung der Brücke mit Ersatzneubau des Oberbaus der wichtigen grenzüberschreitenden Brücke zwischen Rudolphstein (Gemeinde Berg in Bayern) und Sparnberg (Stadt Hirschberg in Thüringen) ist daher dringend notwendig.

Für Pendler bedeutet die Sperrung einen täglichen Umweg. Zudem ist die Brücke ein wichtiger Stützpeiler für die Menschen vor Ort und eine „Brücke der Einheit“ zwischen Ost und West.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11375 des HA vom 18.03.2026

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Michael Hofmann
Abg. Johann Müller
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Dr. Markus Büchler
Abg. Martin Wagle
Abg. Sabine Gross
Abg. Franc Dierl
Abg. Jürgen Baumgärtner
Abg. Benjamin Nolte
Abg. Martin Behringer
Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Daniel Halemba
Staatsminister Christian Bernreiter
Abg. Markus Striedl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Haushaltsplan 2026/2027

Einzelplan 09

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10595 mit 19/10597)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10598 mit 19/10608)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10609 mit 19/10615)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10663 mit 19/10669)
Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10700 mit 19/10713 und 19/10788)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch zu diesem Einzelplan 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen bekannt.

Vor Eröffnung der Aussprache weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/10609, 19/10611 und 19/10615 jeweils namentliche Abstimmung beantragt hat. Zudem hat die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/10601 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt.

(Unruhe)

Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich Sie, die bilateralen Gespräche auch innerhalb der Fraktionen im Steinernen Saal durchzuführen, damit wir der Beratung konzentriert folgen können.

Ich eröffne nun die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

(Beifall des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU))

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen heute die Verhandlungen zum Haushalt für Wohnen, Bau und Verkehr zum Abschluss – ein wirklich starker Haushalt mit einem Volumen von 6,9 Milliarden Euro im Jahr 2026 und 7 Milliarden im Jahr 2027. Verglichen mit 2025 gibt es eine Steigerung von zunächst 203 Millionen Euro und anschließend 362 Millionen Euro, sodass wir sagen können: Wir verzeichnen eine Steigerung von zunächst über 4 % bezogen auf 2025/2026 und sogar eine Steigerung von 5,4 % bezogen auf 2025 bis 2027. Das bedeutet, dass der Herr Staatsminister für seinen Etat ganz hervorragend verhandelt hat. Herr Staatsminister, herzlichen Glückwunsch dazu, in finanziell schwierigen Zeiten noch einmal eine Steigerung herauszuholen. Sie haben Ihre Aufgabe gut gemacht. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte aber auch ein herzliches Dankeschön an den Finanzminister und bei der Gelegenheit auch an unseren Ausschussvorsitzenden Josef Zellmeier aussprechen; denn die Haushaltsberatungen im Ausschuss sind wirklich hervorragend gelaufen. Man sollte an der Stelle einmal betonen, dass das, was im Plenum abläuft, natürlich seinen Platz hat, aber im Ausschuss vielfach in anderer Weise diskutiert wird. Auch das gehört zum Parlamentsbetrieb.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei diesem Haushalt ist nicht nur das besonders spannend, was wir in diesem Doppelhaushalt ausgeben, sondern das sind auch die Vorbereitungsmaßnahmen, die wir ergreifen, und zwar vor allem im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs. Wir haben für das Jahr 2026 2,5 Milliarden Euro und für das Jahr 2027 2,6 Milliarden Euro

an Ausgaben vorgesehen. Aber wirklich spannend ist: Wir veranschlagen gleichzeitig Verpflichtungsermächtigungen in einer Größenordnung von 17,5 Milliarden Euro für das Jahr 2026 und zusätzlich 6,5 Milliarden Euro im Jahr 2027. Diese Summe geben wir für die Zukunft aus. Herr Minister, das ist tatsächlich ein Zukunftshaushalt. Das Geld, das heute teilweise zur Verfügung gestellt wird, fließt in Maßnahmen, die wir gerade beim Schienenpersonennahverkehr durch die Bestellungen, die vorgenommen werden müssen, bereits vor Jahren eingeleitet haben. Sehr geehrter Herr Minister, Ihr Haus hat in diesem und auch im nächsten Jahr also viel vor; denn man muss die Mittel durch Ausschreibungen bereits vorplanen. Wir befinden uns somit diesbezüglich in einer hervorragenden Situation. Gleichzeitig stelle ich fest, dass wir auch in anderen Bereichen hervorragend unterwegs sind.

Das Deutschlandticket kostet uns allerdings verdammt viel Geld. Das muss man an dieser Stelle schon auch einmal sagen. 600 Millionen Euro werden allein dafür veranschlagt. Damit haben wir schon zu kämpfen. Natürlich nehmen wir es in Anspruch, weil wir dadurch auch Bundesmittel zur Verfügung gestellt bekommen. Das ist keine Frage. Wir wollen, dass die Menschen in Bayern genauso davon profitieren.Insgesamt stellt sich aber schon die Frage, insbesondere wenn man sich die Studie des ADAC anschaut, ob das Ganze, was hier passiert, volkswirtschaftlich sinnvoll ist; denn das Deutschlandticket unterbietet in den allergrößten Teilen gerade unserer Verkehrsverbünde die Monatstickets erheblich. Das bedeutet, es gibt einen klaren Mitnahmeeffekt bei denen, die sowieso eine Monatskarte gezahlt haben. Deswegen wäre es wichtig, dass man sich in Zukunft einmal näher anschaut, ob wir tatsächlich derart davon profitieren, dass wir den Personenverkehr im öffentlichen Bereich, ob Schiene oder ÖPNV, attraktiver machen, oder ob wir tatsächlich nur Mitnahmeeffekte haben bei gleichzeitiger Kompensierung gegenüber den Beförderungsunternehmen. Das ist ein Punkt, den man sich näher anschauen sollte; denn am Ende des Tages nutzt es derjenige mit einer Monatskarte möglicherweise nicht unbedingt, und er sagt: Okay, dann fahre ich einmal im Jahr mal außerhalb meines Monatsticketbereichs. – Ob das den ganzen Aufwand wert ist, dahinter darf man tatsächlich ein Fragezeichen

machen. Trotzdem sagen wir Ja zu dieser Situation, weil wir wissen: Wenn wir ein Deutschlandticket haben, dann betrachten wir das volkswirtschaftlich.

Keine Fragezeichen stellen wir beispielsweise bei den Ausbildungsverkehren dahinter. Auch da, Herr Minister: 105 Millionen Euro für Ausbildungsverkehr im Bereich ÖPNV und noch 55 Millionen Euro für das 365-Euro-Ticket. Das kommt vor allem unserer Jugend zugute. Da sagen wir ganz klar: Zukunft hat in Bayern einen Namen im Bereich Personennahverkehr. Den wollen wir auch dementsprechend damit verbinden. Bei uns kann man als junger Mensch in dem Zusammenhang sowohl beim 365-Euro-Ticket als auch bei der Ausbildungsförderung gut vorankommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gleichzeitig haben wir im Bereich ÖPNV noch ergänzende Mittel zur Verfügung, rund 50 Millionen Euro.

Jetzt hat vorhin beim Etat für das Sozialministerium die Kollegin Post erzählt, woher sie das Geld nehmen will, und hat sich ein bisschen versprochen – ich vermute, dass sie sich versprochen hat –, oder sie wusste es nicht besser. Sie würde gerne die Milliarden aus dem Bereich für die Staatsstraßen nehmen, um andere Sachen im Etat des Sozialministeriums zu finanzieren. Ich sage jetzt mal an der Stelle zur Aufklärung: Es sind 517 Millionen Euro für die Staatsstraßen im Jahr 2026 und im Jahr 2027.

Das ist im Übrigen – weil die GRÜNEN das immer wieder verteufeln – dringend notwendig. Erst vor Kurzem habe ich eine E-Mail bekommen, in der man mir geraten hat, mal in meinem Landkreis Forchheim – ich sage das an der Stelle mal – von Effeltrich nach Langensendelbach zu fahren. Ich soll mal mit dem Bus auf der Staatsstraße fahren. Die GRÜNEN sagen bei Staatsstraßen immer wieder, wir brauchen keinen Ausbau, wir brauchen nur Sanierung. – In dem Fall brauchen wir den Ausbau, weil die Busse und die Lkw nicht aneinander vorbeikommen.

(Beifall bei der CSU)

Da hat man mir gesagt: Setz dich mal in die erste Reihe, dir schüttelt es die Gedärme raus. – Wortwörtlich in der E-Mail. Das ist also der Punkt, wo man sagt: Verteufeln Sie nicht immer den Staatsstraßenausbau! Auch Busse brauchen Straßen, um darauf zu fahren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir tun auch für die Wohnbauförderung einiges. Da wird der Kollege Baumgärtner noch einiges dazu sagen. Wir stellen zweieinhalb Milliarden Euro zur Verfügung. Und wir statten unsere Baugesellschaft Baunova mit einem hervorragenden Etat, nämlich von 175 Millionen Euro, aus, damit sie Wohnraum schafft. Hinzu kommt eine Kapitalzuführung in einer Größenordnung von 50 Millionen Euro. Da sind wir wirklich gut unterwegs.

Wenn wir dann die Städtebauförderung dazurechnen mit über 300 Millionen Euro, dann wissen wir, dass dieser Etat für Wohnen, Bau und Verkehr vor allem heute eines verdient hat, nämlich eine glasklare Zustimmung. Dafür werbe ich. Ich sage Ihnen ein herzliches Dankeschön, wenn wir das auf den Weg bekommen; denn wir haben hier einen tatsächlichen Zukunftsetat. Helfen Sie deswegen den Menschen, damit sie da vorwärtskommen. Wir haben es getan. Jetzt müssen Sie zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Johann Müller, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Johann Müller (AfD): Herr Vizepräsident, Damen und Herren Abgeordnete! 6,89 Milliarden Euro im Jahr 2026 und 7,05 Milliarden Euro im Jahr 2027 sind Beträge, die zeigen, wie wichtig dieses Ministerium ist. Die Regierungsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN haben hier mit knapp 7 Millionen Euro aus der Fraktionsrücklage 15 bzw. 7 Projekte als Wahlkampfhilfe eingebracht.

(Martin Wagle (CSU): Das haben Sie komplett falsch verstanden!)

Die AfD hat zu diesem Einzelplan insgesamt sieben Änderungsanträge gestellt. Davon waren vier Anträge mit einer Einsparung von 382 Millionen Euro und drei Anträge mit einer Mehrung von 352 Millionen Euro, was letztendlich zu einer Einsparung von 30 Millionen Euro geführt hätte. Unsere Anträge waren natürlich immer komplett gegenfinanziert.

Die Zuzahlung für das Deutschlandticket wollten wir weghaben. Da es sich um eine Leistung des Bundes handelt, sollte der Bund auch dafür zahlen. Wir wollten diese knapp 300 Millionen Euro lieber in den Umbau, den Ausbau sowie die Bestandserhaltung der Staatsstraßen investieren.

Zum Schluss sind den Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN anscheinend noch 60.000 Euro übrig geblieben, und weil man partout nicht mehr wusste, wohin mit dem Steuergeld, hat man noch einen Antrag beschlossen, um für die Stadt Kaufbeuren mobile Bäume zu schaffen. Wir erinnern uns an unseren Baumflüsterer Markus Söder. Jetzt können auch die Menschen in Kaufbeuren mit ihren Bäumen kuscheln oder mit ihnen durch die Stadt schlendern. Es sind ja mobile Bäume.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mir etwas Besseres vorstellen, als mit Bäumen zu kuscheln. Gut, wenn man aus den letzten, entferntesten Regionen des Landkreises Regen kommt,

(Widerspruch bei der AfD)

dann ist man natürlich Kälte gewöhnt. Ich kenne das: kurz vor Tschechien, Theresienthal, da ist es windig und zugig. Da muss man sich manchmal durch solche Bilder motivieren.

Der Haushalt – Kollege Hofmann hat es dargestellt – ist ein Haushalt, der gut aufwächst und auch sinnvoll aufwächst. Der Herr Kollege Behringer wird sich um das Thema des Bauens bzw. der Wohnungen kümmern. Ich werde den Part Verkehr übernehmen.

Ich muss sagen: Wir investieren hier als Koalition in gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Ich kann mich noch erinnern – Staatsstraßenbau –, als wir 2008 hier in diesen Landtag eingezogen sind. Da war im Haushalt 2009 ein Betrag von 150 Millionen Euro für Staatsstraßen vorgesehen. Jetzt haben wir mehr als das Dreifache im Etat, und das verstetigt. Das ist aber auch notwendig; denn die Mobilität findet eben nicht nur auf der Schiene statt, sondern gerade im ländlichen Raum ist das Auto unverzichtbar. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir unsere Hausaufgaben machen und in den Staatsstraßenbau investieren.

Wir investieren aber auch im Bereich des Schienenverkehrs. Da bin ich Ihnen, Herr Staatsminister, sehr dankbar, dass wir, obwohl es nicht unsere Aufgabe ist, auch das Thema barrierefreie Bahnhöfe mit auf die Agenda genommen haben – ein Thema, das auch den Oppositionsfraktionen ein Anliegen sein sollte und muss; denn Barrierefreiheit ist gerade im Bereich des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs besonders wichtig.Es ist ein wesentlicher Bestandteil von Lebensqualität und Teilhabe.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Kollege Hofmann hat durchaus kritische Worte zum Thema Deutschlandticket gefunden, und wir werden das Thema weiter diskutieren müssen. Natürlich können wir uns als Freistaat Bayern nicht ausklinken und sagen: Lasst die anderen 15 Bundesländer einmal machen. Wir als größter Flächenstaat sind nicht dabei. – Aber bei wenigen Mitteln und einer sparsamen Haushaltsbevorratung stellt sich schon die Frage: Investieren wir, oder konsumieren wir? –

Wenn wir das Deutschlandticket anbieten, dann konsumieren wir, und zwar in einer Größenordnung von 600 Millionen Euro plus Bundesanteil. Das gehört grundsätzlich diskutiert, weil es, wie Kollege Hofmann völlig zu Recht darauf hingewiesen hat, zu Unebenheiten und Mitnahmeeffekten führt.

Insgesamt ist – ich sage es noch einmal – der Haushalt des Bauministers in zweierlei Hinsicht wichtig: einmal in Bezug auf die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern und zum Zweiten natürlich in Bezug auf das Wohnen. Dieser Bereich betrifft die soziale Frage Nummer eins in Bayern und in Deutschland. Die bezahlbare Wohnung ist ein Grundbedürfnis des Menschen, und deswegen müssen wir hier auch unseren Beitrag leisten. Ich werbe dafür, dass wir diesem Haushalt selbstverständlich unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Dr. Markus Büchler das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, jeder von Ihnen kennt die Situation aus seinem Stimmkreis: Staatsstraßen mit Schlaglöchern, erneuerungsbedürftige Brückenbauwerke oder fehlende Radwege. Deswegen ist es richtig, dass wir viel Geld in die Hand nehmen, um die Staatsstraßen in Ordnung zu bringen und zu sanieren. Der Kollege hat es vorhin zum Ausdruck gebracht: Im Verlauf der Jahre ist das Budget für Staatsstraßen im Staatshaushalt deutlich gestiegen. Das war der Hochlauf. Das ist richtig; denn wahrscheinlich bekommen wir heute für das Geld, das sich aktuell im Staatshaushalt befindet, aufgrund der Kostenentwicklungen im Tiefbau weniger Kilometer Straße saniert, als dies im Jahr 2008 noch der Fall war. Damals wäre dafür nur ein Drittel der Summe nötig gewesen.

Der Zustand der Straßen und Brücken verschlechtert sich allerdings weiter. Der Erneuerungsbedarf ist riesig, der Sanierungsstau ist sehr groß. Deswegen wird es endlich Zeit, dass sich auch die Bayerische Staatsregierung dazu bekennt, dass wir keine neuen Straßen mehr brauchen und uns auch keine neuen Straßen mehr leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So ein Schmarrn!)

Wofür wir diese vielen Mittel – es handelt sich immerhin um rund eine halbe Milliarde im Staatshaushalt – verwenden müssen, das sind nahezu ausschließlich der Unterhalt und die Sanierung des großen Staatsstraßennetzes in Bayern. Deswegen ärgert es mich – das muss ich wirklich sagen –, als Opposition dem Verkehrsministerium seit Jahren hinterherlaufen zu müssen, um zu erfahren, welche Projekte des Staatsstraßenausbauplans denn jetzt fortgeführt und welche verworfen werden sollen.

Nach jahrelangem Nachfragen und jahrelangem Mauern wurde in einer denkwürdigen Verkehrsausschusssitzung vor einem Vierteljahr endlich eingeräumt: Ja, es werden weniger Aus- und Neubauprojekte weiterverfolgt, und man hat die Hälfte verworfen. – Seit einem Vierteljahr warte ich nun auf die Information, welche Projekte weiterverfolgt oder verworfen werden. Gleichzeitig sollen wir aber hier im Bayerischen Landtag als Haushaltsgesetzgeber darüber entscheiden, wie viel Geld für die Sanierung und den Unterhalt, aber eben auch für den Aus- und Neubau – so steht es nach wie vor geschrieben – von Staatsstraßen bereitgestellt wird. Das heißt, dieser große Posten von einer halben Milliarde Euro ist aus unserer Sicht – anscheinend haben die Regierungsfraktionen mehr Informationen – eine Blackbox, die wir dem Ministerium zur Verfügung stellen, ohne zu wissen, was damit konkret unternommen wird. Das ist nicht richtig und nicht in Ordnung.

Ich habe jetzt gerade noch einmal mit dem Herrn Staatsminister geredet und nachgefragt, wie es um die Liste der rund 300 verworfenen und rund 300 verbliebenen Projekte steht, damit wir als Opposition und vor allem auch die Öffentlichkeit erfahren

können, wo eventuell noch gebaut werden soll und was vielleicht schon vom Tisch ist. Tatsächlich habe ich jetzt um 18:30 Uhr, also vor vier Minuten, die Nachricht bekommen, und ich bitte um Nachsicht, dass ich die jetzt vorhandenen Informationen noch nicht auswendig gelernt habe. Wir warten gespannt darauf, uns diese Informationen jetzt einmal genau anzuschauen. Angeblich haben Sie die Ausbau- und Neubauprojekte immerhin halbiert. Ich bin gespannt, was bei der Hälfte derer, die umgesetzt werden sollen, noch dabei ist; aber auch diese Hälfte werden wir uns nicht leisten können. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist das Staatsstraßennetz in Bayern am Ende. Wir müssen uns auf die Sanierung konzentrieren und den Aus- und Neubau verwerfen.

Was mich im Zusammenhang auch ärgert, sind die 650 Millionen Euro, die im Staatshaushalt für den Frankenschnellweg bereitgestellt werden. Dabei handelt es sich um ein Projekt, das völlig aus der Zeit gefallen ist. Ich hoffe, dass Ende Juni der betreffende Bürgerentscheid erfolgreich sein wird und dieses Projekt ad acta gelegt werden kann. In diesem Fall haben wir 650 Millionen Euro für ein Projekt, das aller Voraussicht nach eine Milliarde kosten wird, im Staatshaushalt übrig. Ich fordere Sie auf, das Geld, wenn es Ende Juni frei werden sollte, in den öffentlichen Verkehr zu stecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Apropos öffentlicher Verkehr: Werfen wir einen Blick in Richtung Eisenbahn. Die Eisenbahn hat früher mit dem Motto "Pünktlich wie die Eisenbahn" geworben. Inzwischen ist sie eher die Peinlichkeit der Nation. Bundesverkehrsminister Schnieder sagt, dass der Zustand der Eisenbahn in Deutschland und damit auch in Bayern demokratiegefährdend sei – ein Zustand, den wir dringend ändern müssen, und zwar wir alle miteinander. Deswegen ärgert es mich, dass das bayerische Verkehrsministerium stets darauf verweist, dass der Bund zuständig ist und man in Bayern bei der Eisenbahn, beim Ausbau und bei der Infrastruktur nicht handeln muss. Natürlich ist es richtig, dass die Gleise und die Anlagen dem Bund gehören. Das steht auch im Grundgesetz.

(Michael Hofmann (CSU): Respekt! Sehr gut!)

Das ist völlig richtig. Ausschließlich auf den Bund zu verweisen, ist allerdings falsch. So kommen wir nicht weiter. Kollege Hofmann, ich nenne Ihnen drei konkrete Punkte, bei denen man als Bundesland handeln muss.

(Michael Hofmann (CSU): Wir machen alles!)

– Nein, Sie machen eben nicht alles!

(Widerspruch des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Hören Sie halt zu, dann lernen Sie was!

(Widerspruch des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Quatschen Sie nicht dauernd dazwischen, sondern hören Sie zu, dann erfahren Sie etwas. Entspannen Sie sich, das ist gut für den Blutdruck.

(Michael Hofmann (CSU): Nein, das geht bei Ihnen als Redner nicht!)

Schleswig-Holstein hat einen Landesanteil aus der neuen Sonderverschuldung des Bundes für Ausbaumaßnahmen der Schiene im Bundesland verwendet, obwohl es sich natürlich um Eigentum des Bundes handelt. Es handelt sich dabei aber um Ausbaumaßnahmen, die das Land für seinen Schienenpersonennahverkehr braucht. Dabei geht es um Elektrifizierungsmaßnahmen, die vom Land geplant werden müssen, dabei geht es um Kreuzungsbahnhöfe, Ausweichstellen und um all diese Einrichtungen, die man für einen dichteren Takt und für ein besseres Angebot im Schienenpersonennahverkehr des Landes braucht. Ich habe daraufhin eine Anfrage zum Plenum gestellt, ob Bayern ebenfalls wie Schleswig-Holstein einen Teil des Landesanteils aus der Sonderverschuldung des Bundes in die Schiene steckt. Die Antwort lautete: Nein, das machen wir nicht. – Ich denke, dass das Sondervermögen eine Riesenchance ist und der Landesanteil auch dafür genutzt werden sollte, dass wir

die Schieneninfrastruktur in Bayern voranbringen, um für die Leute ein noch besseres Angebot auf der Schiene zu ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt betrifft das Thema Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, GVFG. Bayern rühmt sich beim Straßenbau gerne dafür, dass man so viele Mittel aus Berlin nach Bayern schaufelt, um die Straßen in Bayern auszubauen. Gratulation dazu; aber bei der Schiene wäre das halt auch schön. Wir müssen mehr Projekte entwickeln, die wir über GVFG anmelden können und die der Bund dann zum Großteil finanziert. Dazu müssen wir diese Projekte in Bayern aber vorplanen und anstoßen. Dazu haben wir einen Änderungsantrag über 30 Millionen Euro eingebracht, um noch weitere Projekte für die Modernisierung des Schienennetzes voranzubringen, die im Endeffekt größtenteils vom Eigentümer, nämlich vom Bund, über das GVFG bezahlt werden. Sie können unserem Änderungsantrag zustimmen und dafür sorgen, dass das Angebot in Bayern besser wird.

Der letzte Punkt betrifft die knapp 10 % des Schienennetzes in Bayern, für die der Bund überhaupt nicht zuständig ist. Das sind zwar Nebenstrecken im ländlichen Raum; aber der ländliche Raum liegt uns sehr am Herzen. Das sind knapp 10 % des Streckennetzes. Dabei handelt es sich nicht um bundeseigene Bahnen. Wer ist dafür zuständig? – Die Länder und damit der Freistaat Bayern. Dafür haben wir aus dem Staatshaushalt jahrzehntelang fast nichts ausgegeben. Im Rahmen des Corona-Investitionsprogramms wurde immerhin damit begonnen, Geld zu investieren. Das war aber nicht allzu viel. Das muss verstetigt werden, und deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, dem Sie zustimmen können.

Weitere Änderungsanträge betreffen die Kommunen. Es gibt Fahrgastrekorde beim Deutschlandticket, aber gleichzeitig eine Reduktion des Angebots.Viele Kommunen sparen, sogar mein Landkreis, der Landkreis München – einer der reichsten Landkreise in Bayern – muss das Angebot zurückfahren, weil uns das Geld ausgeht. ÖPNV

ist nur eine freiwillige Aufgabe. Deswegen muss das Bundesland, muss der Freistaat Bayern die Kommunen stärker unterstützen.

Wir beantragen eine Verdreifachung der ÖPNV-Investitionen und noch mehr Mittel für Klimabusse, für die Elektrifizierung des Fuhrparks im öffentlichen Personennahverkehr der Kommunen. Hier können Sie zustimmen und damit das Angebot in Bayern verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Wagle (CSU)

Martin Wagle (CSU): Lieber Herr Kollege Büchler, Sie haben hier ja klar zum Ausdruck gebracht, dass das Staatstraßennetz in Bayern Ihrer Ansicht nach schon komplett ausgebaut ist. Ist Ihnen bewusst, dass das Staatsstraßennetz vor allem an den Stellen ausgebaut wird, wo es gehäuft Unfälle gibt, wo Menschen schwer verletzt werden und wo es Verletzungen mit Todesfolge gibt? Vor allem an diesen Stellen wird das Staatsstraßennetz erneuert und ausgebaut. Wie erklären Sie den Menschen vor Ort – vor allem auch im ländlichen Raum –, dass Sie gegen einen Ausbau dieser Gefahrenstellen sind?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Lieber Kollege Wagle, lieber Martin, Sicherheit geht immer vor, keine Frage. Die zuständigen Straßenverkehrsbehörden in Bayern haben – ähnlich wie in anderen Bundesländern – die Möglichkeit, zunächst einmal das Tempo zu reduzieren. Bei der Reduktion des Tempos, insbesondere im innerörtlichen Verkehr, ist Bayern Schlusslicht.

Bei uns heißt die Prämisse trotz StVO-Reform nach wie vor immer noch: innerorts schnell fahren, auch wenn sich viele, viele Kommunen dagegen wehren. Bei der

innerörtlichen Situation hilft zum Beispiel Tempo 30. Das bayerische Innenministerium mauert nach wie vor.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

– Staatsstraßen, Ortsdurchgangsstraßen, selbstverständlich; das ist genau das Thema.

Das, was im Staatsstraßenausbauplan für diese 600 Projekte, von denen ich gesprochen habe, immer noch drinsteht – 668 waren es im alten Plan von 2011 –, betrifft ja überwiegend Ortsumgehungsstraßen. Das hat etwas mit Sicherheit innerorts zu tun. Da kann man durch Tempolimits sehr wohl Gefahrstellen beseitigen.

(Martin Wagle (CSU): Blödsinn! Das ist Unsinn!)

– Das ist überhaupt kein Blödsinn, sondern das ist Fakt. Da müssen wir zu zweit noch einmal individuell reden. Meine Antwortzeit ist leider um.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie kennen sich nicht einmal aus!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Dr. Büchler.

(Michael Hofmann (CSU): Kein Wort zur Wohnbauförderung! Kein Wort zur Städtebauförderung! Unglaublich, was die GRÜNEN interessiert!)

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Sabine Gross für die SPD-Fraktion.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 09 hat Licht und Schatten. Den größten Schatten sehe ich bei der Wohnraumförderung. In Bayern fehlen 233.000 Wohnungen. Um diesen Bedarf zu decken, müssten jährlich 78.000 Wohnungen gebaut werden. 2024 wurden 55.000 Wohnungen gebaut, 2025 waren es nur noch 54.000. Gleichzeitig schrumpft der Bestand der Sozialwohnungen auf 134.000.

Doch genau hier liegt das zentrale Problem des vorliegenden Haushaltsentwurfs: Der Bund erhöht seine Mittel für die Wohnraumförderung – und zwar schon seit 2024 – kontinuierlich, 2026 um weitere 77 Millionen Euro. Der Freistaat hingegen senkt 2026 seine eigenen Landesmittel um 78 Millionen Euro.

Ein fataler Schritt! Statt zusätzliche Bundesmittel zu verwenden, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, werden sie genutzt, um Eigenmittel zu ersetzen. Wie geschwächt die Wohnraumförderung und wie dramatisch die Situation bereits ist, zeigt ein Blick auf die Einkommensorientierte Förderung – das wichtigste Instrument des sozialen Wohnungsbaus. Die Nachfrage nach dieser Förderung ist enorm. Das ist auch gut so; denn jedes Jahr fallen Tausende von Sozialwohnungen aus der Bindung. 2025 waren es 5.300.

Allerdings reichen die zur Verfügung stehenden Fördermittel schon seit Jahren nicht mehr aus, um diese steigende Nachfrage zu bedienen. Im Mai 2025 erreichte das Volumen der offenen Förderanträge rund 1,7 Milliarden Euro. Aufgrund dieser erheblichen Überzeichnung des Förderprogramms kam es zu einem Bewilligungsstopp beim sozialen Wohnungsbau – für Kommunen, für Genossenschaften, für private Bauträger eine absolute Katastrophe. Planungen mussten gestoppt, Bauprojekte verschoben werden, manche Projekte wurden komplett eingestampft.

Besonders dramatisch ist die Situation bei den Projekten, die bereits einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn haben. Betroffen davon sind immerhin 361 Projekte mit insgesamt 3.414 Wohnungen. Ohne ausreichende Haushaltsmittel drohen hier Bauverzögerungen, Projektabbrüche und ein nachhaltiger Vertrauensverlust in die Zuverlässigkeit der staatlichen Förderpolitik.

Dann nutzen hier auch keine eilig zusammengeschusterten Sommer-, Herbst- und Winterpakete, mit denen nur künftige Mittel gebunden werden, oder ein Jahresbauprogramm, dessen Kern eigentlich nur die Einführung eines Stichtags zur Einreichung der Förderanträge ist. Auch eine Holding als Überbau für die drei staatlichen Wohnungs-

baugesellschaften zu gründen und ihr einen schicken Namen zu verpassen, hilft nicht weiter. Es muss einfach mehr Geld in den Fördertopf.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb schlagen wir vor, die Mittel für die Einkommensorientierte Förderung deutlich zu erhöhen. Das Ziel muss klar sein: Die laufenden Projekte müssen abgesichert werden. Die Kommunen, die Genossenschaften und die Bauträger brauchen endlich wieder Planungssicherheit.

Ja, es ist richtig, dass die Wohnungsnot mit gefördertem Wohnungsbau alleine nicht beseitigt werden kann. Auch der frei finanzierte Wohnungsbau muss wieder Fahrt aufnehmen. Aktuell liegt der Anteil der geförderten Wohnungen in Bayern aber bei sage und schreibe 2,6 %. Da ist noch reichlich Luft nach oben.

Ein weiterer Bereich, in dem großer Nachholbedarf besteht, ist das Wohnen für Studierende und Auszubildende. Die Zahl der Studierenden in Bayern steigt. Die Versorgung mit Wohnheimplätzen hingegen verschlechtert sich. Hinzu kommt, dass aus dem gleichen Topf zusätzlich auch Auszubildendenwohnheime gefördert werden sollen, ohne dass die Mittel erhöht wurden. Es konkurrieren hier also zwei besonders bedürftige Gruppen um die gleichen Fördermittel. Das kann nicht sein. Die SPD-Fraktion schlägt deshalb vor, auch hier zusätzliche Mittel bereitzustellen.

Der Einzelplan 09 hat Licht und Schatten. Wer aber in Zeiten steigender Wohnungsnot die eigenen Mittel bei der Wohnraumförderung kürzt, verkennt, wie viel Sprengstoff in dieser Krise steckt. Sie betrifft die Hälfte unserer Bevölkerung, und sie hat auch massive Auswirkungen auf die Unternehmen, die für ihre Fachkräfte verzweifelt bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsräumen suchen.

Also, meine Herren, meine Damen, besinnen Sie sich: Haben Sie ein Herz für die Wohnungssuchenden, haben Sie ein Herz für 50 % unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, und erhöhen Sie die Mittel, wie wir es beantragt haben.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Franc Dierl, CSU.

Franc Dierl (CSU): Frau Kollegin Gross, ich bin hier drüben, direkt vor Ihnen. Wir beraten heute jetzt den zweiten Tag Haushaltspläne, –

Sabine Gross (SPD): Ach!

Franc Dierl (CSU): – und ich muss sagen – ich frage jetzt einmal Sie; wir haben das jetzt von Ihren Kolleginnen und Kollegen der SPD vielfach erlebt –, dass Sie ständig fordern: mehr Ausgaben, mehr Ausgaben, mehr Ausgaben, mehr Gelder. Sie haben es eben wieder schön gesagt.

Sagen Sie doch bitte einmal: Woher sollen wir denn das ganze Geld, das Sie in den Haushaltsplänen jetzt ständig fordern, noch nehmen?

(Zuruf von der AfD: Sondervermögen!)

Sie verteilen hier mit der Gießkanne und sagen, wir brauchen Fördermittel hier, wir brauchen Fördermittel da. – Das wäre wunderschön, wenn wir das in der Politik alles machen könnten. Glauben Sie es mir: Wenn das Geld da wäre, dann würden wir das gerne an die Bürgerinnen und Bürger verteilen. Ich glaube, keiner in dieser Regierungskoalition würde sich weigern, vorhandenes Geld auszugeben. Sagen Sie doch einmal: Woher sollen all die Mittel, die Sie jetzt genau hier für den Wohnungsbau fordern, kommen?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sabine Gross (SPD): Sehr verehrter Herr Kollege, Sie haben die Mittel von 2004 bis jetzt um 78 Millionen gekürzt. Die Mittel waren doch da. Wo haben Sie sie denn hingesteckt? Wo kamen diese Mittel hin?

(Unruhe)

Für was haben Sie sie verwendet? Für was anstatt für den Wohnungsbau?

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist das für eine Antwort! – Michael Hofmann (CSU): Erschreckende Ahnungslosigkeit!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Gross. – Nächster Redner ist Herr Kollege Jürgen Baumgärtner, CSU-Fraktion.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man spürt, dass es im Hohen Haus eine große Zufriedenheit mit diesem Einzelplan 09 gibt. Ich habe turbulente Diskussionen hier im Hohen Haus erlebt; aber so etwas wie heute ist ein Signal, dass das Ministerium und die Staatsregierung im Einzelplan 09 alles richtig gemacht haben.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für die wirklich gute und konstruktive Zusammenarbeit – ich richte das auch in Richtung der GRÜNEN. Mein Dank gilt ebenso dem Kollegen Michael Hofmann. Es gibt einen Ausschuss, der mit dem haushaltspolitischen Sprecher, mit dem Sprecher für unseren Einzelplan 09, sehr zufrieden ist. Lieber Michael, es ist große Klasse, wie du dich für unsere Belange einsetzt. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Mein lieber Staatsminister, der Kollege Hofmann hat es gerade angedeutet: Der Einzelplan 09 hat einen Rekordetat. 14 Milliarden Euro sind im Doppelhaushalt. Ein großes Kompliment dafür. Wohnen, Bau und Verkehr sind bei dir in guten Händen. Dazu meinen Glückwunsch.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn jemand aus dem Ballungsraum München kommt und sagt, er sei gegen den Frankenschnellweg, habe ich großes Verständnis dafür. Ich rufe den Kolleginnen und Kollegen aber zu: Wir halten am Frankenschnellweg fest. Er ist unsere Lebensader.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kollege Büchler, es ist nicht so, dass man Ihnen irgendwelche Informationen vorenthalten hätte. Man hätte alles auf der Internetseite der Staatlichen Bauämter nachlesen können. Dann hätte man diese Informationen zusammenfügen können. Dafür haben die Abgeordneten wissenschaftliche Mitarbeiter – man muss es also nicht einmal selber machen. Die Serviceleistung des Ministeriums ist, dass sie diese Liste bekommen. Wir haben das auch fest zugesagt.

Ich bin schon ein bisschen enttäuscht, dass man nicht anerkennt, was wir beim Staatsstraßenausbau in Bayern auf den Weg gebracht haben. Wir haben ihn nachhaltig finanziert. Es gibt wieder eine Milliarde Euro für die Staatsstraßen. Von dieser einen Milliarde haben wir über 50 % für den Erhalt der Staatsstraßen vorgesehen, weil wir glauben, dass es wichtig ist, auf sein Eigentum gut aufzupassen. Es ist aber auch so: Wir haben in dieser einen Milliarde Euro 100 Millionen Euro in einem Innovationstopf organisiert, um Ortsumgehungen nicht mehr bauen zu müssen, von denen wir glauben, dass man sie nicht mehr braucht, wenn die Menschen vor Ort das wollen.

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Ich glaube, das ist eine gute Maßnahme. Ich hätte mir gewünscht, dass man das hier auch anerkennt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Staatsstraßen sind eine Lebensader. Ich habe großes Verständnis dafür, dass man, wenn man auf Straßen nicht angewiesen ist, weil man vor seiner Haustür eine S-Bahn oder U-Bahn hat, das ein bisschen kritischer sieht. Bayern besteht aber nicht nur aus der Großstadt München, sondern ist vielfältig mit unterschiedlichsten Bedürfnissen.

Kollegin Gross, Sie haben angesprochen, die Wohnraumförderung sei so wichtig. Ja, sie ist uns ganz wichtig. Wir haben einen Rekordhaushalt. 3,6 Milliarden Euro haben wir im Doppelhaushalt 2026/2027. In der Milliarde des Sondervermögens – "Schulden" sozusagen in Klammern gesagt – sind Schulden inkludiert. Wir nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen ernst. Wir wissen, dass Wohnen und Wohnraum eines der großen sozialen Themen dieser Gesellschaft ist. Ich will aber ausdrücklich sagen: Es wird nicht ausreichen, immer mehr Geld zu fordern. Vielmehr wird es wichtig sein, dass wir in Zukunft wieder günstiger bauen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen will ich vorschlagen: Lassen Sie uns in den nächsten Monaten darüber diskutieren, wie wir diese Wohnraummilliarde, die wir nicht nur versprochen, sondern auch mit 30 % weit überschritten haben, in der Zukunft anders organisieren und wie wir sie anders verwenden. Deshalb unser konkreter Vorschlag: Wir zahlen die Einkommensorientierte Förderung, die EOF-Förderung, nur noch an jene Unternehmen aus, die bereit sind, im Gebäudetyp E zu bauen. Das schafft eine Einsparung von fast 20 %. Diese 20 %, die wir dabei bei gleichem Output einsparen, sollten wir für ein Programm für die Mittelschicht verwenden, also für im Preis gedämpften Wohnraum. Wir haben dabei ein Potenzial von fast 50.000 Wohnungen in den Großstädten mit einer Miete zwischen 13 und 14 Euro pro Quadratmeter. Das hat den Vorteil, dass wir den geförderten und sozialen Wohnraum entlasten. Wir tun damit etwas für jene Menschen, die jeden Tag fleißig zur Arbeit gehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben für die Deutsche Bahn viel gemacht, weil wir nämlich den Bau der zweiten Stammstrecke finanzieren. Die Deutsche Bahn investiert in den nächsten zwei Jahren in Bayern ungefähr 4 Milliarden Euro. Diese Summe reicht aber nicht aus. Wir bezahlen Bestellerverkehre beim Schienenpersonennahverkehr in Höhe von 5,2 Milliarden

Euro. Eines ist aber klar: Ein Land ist nicht in der Lage, die Versäumnisse des Bundes aufzuwiegen.

(Michael Hofmann (CSU): Sehr richtig!)

Das ist unmöglich. Deswegen weise ich es auch zurück, dass der Freistaat Bayern jetzt noch in das Schienennetz der Deutschen Bahn investieren soll.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist eine klassische Bundesaufgabe. Mit der Aussage, dass wir bei den NE-Bahnen besser werden müssen, bin ich einverstanden. Wir finanzieren die Nichtbundeseigenen Eisenbahnen aber vor allem aus den Geldern der Regionalisierungsmittel. Kollege Büchler, nein, ich will es ausdrücklich sagen: Bei der Neuorganisation der Deutschen Bahn vor einigen Jahren bzw. Jahrzehnten war klar definiert, dass die Regionalisierungsmittel des Bundes für den SPNV und die NE-Bahnen auskömmlich sein müssen. Das ist die große Aufgabe des Bundes. Der Freistaat Bayern kann nur darauf hinwirken, dass das umgesetzt wird. Noch einmal: Es ist für einen Freistaat unmöglich – das gilt im Übrigen auch für die anderen Bundesländer – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Baumgärtner, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Das ist sehr schade.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Büchler würde Ihnen aber eine einminütige Verlängerung Ihrer Redezeit geben; denn er hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Dann freue ich mich auf eine kluge Frage.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Ich habe mich natürlich gemeldet, um deine Redezeit zu verlängern. Eine Frage habe ich aber schon. Zunächst gebe ich aber gerne das Kompliment zurück. Wir haben ein gutes Miteinander im Ausschuss, was auch am Ausschussvorsitzenden liegt. Dafür vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Hört, hört, hört! – Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich hätte in meinem Beitrag sehr gerne, wie von dir gefordert, diesen Innovationsfonds gelobt. Ich hatte auch positive Sachen in meiner Rede. Ich hätte ihn gerne gelobt. Aber wo steht er denn im Haushalt? Wir haben gerade noch einmal im Einzelplan 09 geschaut und nach "Innovation" gesucht. Der Computer sagt aber, dazu gibt es keine Ergebnisse.

(Michael Hofmann (CSU): Dann sollten Sie sich einen neuen Computer kaufen!)

Ich finde es super, innerörtlich etwas zu verbessern und das statt einer Ortsumgehung zu machen. Das ist eine großartige Idee. Das lobe ich hiermit, wenn das dann kommt und man irgendwie erkennen kann, was ihr mit dem Geld machen wollt. Das steht aber im Einzelplan 09 nicht drin. Oder sehe ich es nicht?

Jürgen Baumgärtner (CSU): Wir investieren in Wachstum, Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns. Ich nehme die Kritik an. Wir werden uns bemühen, das zu kommunizieren. Tue Gutes gemeinsam und rede darüber. Vielen Dank für diese Anmerkung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Lassen Sie mich auch beim Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr ein wenig ins Detail gehen. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist katastrophal. Das wissen wir alle. Die Mieten in den Ballungsräumen sind kaum noch bezahlbar, und der Traum vom Eigenheim bleibt für viele Menschen genau das: ein Traum. Gleichzeitig geht die illegale Masseneinwanderung weiter. Bevor jetzt gleich das vermeintliche Totschlagargument der Migrationsfanatiker kommt, dass die Asylzahlen ja zurückgehen, sage ich klar: Das ist reine Volksverdummung, was Sie hier betreiben. Auch wenn weniger Migranten kommen, heißt das nicht, dass die Hunderttausende, die seit 2015 illegal nach Bayern gekommen sind, wieder nach Hause gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU))

Die meisten von ihnen fühlen sich in unserem Sozialsystem sehr wohl. Bei den dringend nötigen Abschiebungen hat die Staatsregierung grandios versagt. Der Familiennachzug sorgt weiterhin dafür, dass der Zustrom von Gästen aus dem Morgenland nicht versiegt. Diese lieben Gäste müssen auch irgendwo wohnen. Liebe Kollegen, nicht nur sie, sondern auch die Einheimischen leiden unter der Situation auf dem Wohnungsmarkt – auch wenn die Einheimischen der Staatsregierung bekanntlich herzlich egal sind.

In Bayern fehlen aktuell über 200.000 Wohnungen. Wie man dieses Problem nicht löst, hat die Staatsregierung in den letzten Jahren eindrucksvoll bewiesen. Bis zum Ende des Jahres 2025 sollte die BayernHeim 10.000 Wohnungen bauen. Das hat Markus Söder im Jahr 2018 getönt. "Ende 2025", das war vor vier Monaten. Bis heute sind gerade mal 1.100 Wohnungen gebaut. Ein Erfolgsmodell sieht anders aus.Dann sparen wir uns das Geld doch einfach und verwenden es lieber für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften.

Kommen wir zum leidigen Thema Deutschlandticket. Wenn der Bund dieses Deutschlandticket unbedingt haben will, dann soll er es bitte auch bezahlen. Vom Deutschlandticket profitiert in erster Linie das links-grüne urbane Milieu in den Großstädten. Im ländlichen Raum sieht das anders aus. Wenn in einem Dorf zweimal am Tag der Bus fährt, dann bringt es den Menschen dort nicht viel, dass sie mit diesem Ticket theoretisch bis nach Hamburg fahren können. Bezahlen müssen sie die Annehmlichkeiten der linken urbanen Schickeria trotzdem über ihre Steuergelder. Liebe Staatsregierung, die urbane Bourgeoisie wird Ihnen das auch nicht danken. Die wählen auch beim nächsten Mal wieder das grüne Original.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Wovon spricht er?)

Verwenden Sie die Mittel lieber für den Ausbau und Erhalt der Staatsstraßen; denn gerade im ländlichen Raum ist das Auto nach wie vor Verkehrsmittel Nummer eins, und daran werden auch Sie mit Ihrem ideologiegetriebenen Kampf gegen den Individualverkehr nichts ändern. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Behringer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Bernreiter, es ist Aufgabe der Opposition, kritisch zu begleiten, zu hinterfragen und auch den Finger in die Wunde zu legen. Ja, manchmal gehört es auch dazu, Dinge zuzuspitzen und dementsprechend darzustellen; aber ich erwarte mir von einer Opposition ebenso, dass sie anerkennt, wenn etwas funktioniert, und genau das hat mir bis jetzt in dieser Debatte mehr als gefehlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denn bei aller berechtigten Kritik: Dieser Haushalt ist unter schwierigen Rahmenbedingungen entstanden: Wirtschaftliche Unsicherheiten, geopolitische Spannungen und zunehmende Belastungen stellen enorme Herausforderungen dar. Trotzdem liegt ein Entwurf vor, der Stabilität sichert und gleichzeitig Zukunftsinvestitionen ermöglicht, und das ohne Schulden. Das kann man kleinreden, das kann man schlechtreden; aber man sollte es nicht ignorieren. Bayern zeigt damit einmal mehr, dass wirtschaftliche Stärke und solide Finanzpolitik kein Widerspruch sind. Wer Verantwortung trägt, muss mit den Mitteln der Bürgerinnen und Bürger sorgfältig umgehen. Genau das ist hier gelungen. Planungssicherheit wird geschaffen, Verlässlichkeit wird gewährleistet, und das ist in unsicheren Zeiten alles andere als selbstverständlich.

Ein zentraler Punkt ist der Wohnungsbau. Mit einem Volumen von 3,6 Milliarden Euro – Kollege Baumgärtner hat das schon betont – wird ein klares Signal für den geförderten Wohnungsbau gesetzt: Der Staat handelt. Geförderter Wohnungsbau ist entscheidend für die, die auf dem normalen Markt nicht zum Zuge kommen; aber genau diese Menschen halten unser Land am Laufen. Er kommt auch jungen Menschen zugute, den Auszubildenden und den Studierenden. In diesem Zusammenhang ist auch die Bündelung der staatlichen Wohnungsbaugesellschaften ein wichtiger Schritt. Die BayernHeim ist gemeinsam mit der Stadibau und dem Siedlungswerk Nürnberg unter dem Dach der Baunova Bayern zusammengeführt, und das zeigt ganz klar: Es wird nicht nur geredet, sondern auch gehandelt und geplant. Es wird dementsprechend auch gut umgesetzt.

Mein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat für die hervorragende Zusammenarbeit und das gemeinsame Bemühen, den Wohnungsbau voranzubringen. Ebenso danke ich den Geschäftsführern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tagtäglichen Einsatz. Ebenso gilt mein Dank allen Genossenschaften und Investoren, die sich tagtäglich für den bezahlbaren Wohnungsbau einsetzen; denn eines ist klar: Andere reden, wir handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wie wahr, wie wahr!)

Ein wichtiger Punkt sind für mich noch die explodierenden Baukosten. Hier braucht es endlich klare rechtliche Rahmenbedingungen. Liebe Frau Kollegin Sabine Gross, verhandeln Sie endlich mit Ihrer Bundesjustizministerin, mit der Frau Hubig, damit dieser Gebäudetyp E endlich rechtlich abgesichert ist. Hier können Sie endlich einmal etwas tun, hier können Sie endlich handeln, und hier können Sie auch endlich einmal beweisen, dass die SPD nicht nur redet, sondern auch endlich etwas macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denn dieser Druck auf die Bundesregierung bzw. auf die Justizministerin geht mir einfach ab. Es wird von eurer Seite nur kritisiert, aber es wird nichts gemacht. Ich denke, die Ankündigungen von Frau Hubig reichen jetzt langsam. Stattdessen braucht es jetzt endlich konkrete Entscheidungen und Umsetzungen.

Aber auch im Bereich der Mobilität wird dementsprechend langfristig gedacht. Der öffentliche Verkehr wird gestärkt, Strukturen werden verbessert, und die Digitalisierung in diesem Bereich wird auch vorangetrieben. Ziel ist ein System, das für den Menschen funktioniert: verlässlich, verständlich und flächendeckend. Das ist keine kurzfristige Maßnahme, sondern eine strategische Entscheidung. Wenn man den Blick über Bayern hinaus richtet, wird deutlich, dass dieser Kurs keineswegs selbstverständlich ist. Die wirtschaftliche Stärke des Freistaats ermöglicht gezielte Investitionen in den Bereichen Wohnen, Bauen und Verkehr, die viele andere Bundesländer in dieser Form nicht mehr leisten können. Das bedeutet nicht, dass alles perfekt ist. Herausforderungen wird es immer geben; aber es zeigt sehr klar, dass dieser Haushalt eine verlässliche und solide Grundlage schafft, und genau das sollte auch eine Opposition anerkennen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Frau Kollegin Gross, bitte.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrter Kollege Behringer, der Bund macht nichts, die SPD macht nichts, deutliche Erhöhung der Bundesmittel beim Wohnungsbau – jetzt erklären Sie mir einmal, warum die Staatsregierung ihre Eigenmittel gekürzt hat.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin, ich denke, du weißt ganz genau, dass das nicht der Fall ist. Wir haben ein dementsprechendes Sondervermögen beigesteuert, und 3,6 Milliarden Euro ist, glaube ich, eine Ansage. Gerade die SPD muss da sehr still sein. Wenn ich daran denke, welche Ankündigung die Ampel-Regierung damals gemacht hat, wie viele Wohnungen gebaut werden – gebaut worden ist nichts, bzw. es war alles ein Rohrkrepierer –, dann glaube ich, man muss ganz kleine Brötchen backen; aber, wie gesagt, beim Gebäudetyp E könnt ihr einmal beweisen, dass ihr nicht nur redet, sondern es wirklich umsetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Halemba für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Daniel Halemba (AfD): Herr Präsident, was kann man alles mit 76 Millionen Euro Sinnvolles bauen? – Man könnte etwa 1.000 neue, so dringend benötigte Wohnungen errichten; man könnte aber auch etwa 1.900 Klassenzimmer in maroden Schulen sanieren; oder man kann etwa 3.000 Spielplätze für unsere Kinder errichten; oder man macht es wie die Staatsregierung und verschwendet dieses hart erarbeitete Steuergeld für Ihren abgedrehten Klimawahn.

Die Zeiten sind ernst, unser Land leidet unter wirtschaftlicher Stagnation und ächzt unter einer hohen Inflation und enorm gestiegenen Energie- und Spritpreisen. Die Menschen wissen einfach nicht mehr, wie sie das alles bezahlen sollen. Und was

macht die Staatsregierung? Entlastet sie? – Nein. Während Döner-Söder sich um ein wirtschaftliches Standbein in der Kebab-Branche bemüht, kennt er wahrscheinlich nicht einmal die aktuellen Spritpreise.

(Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Polemik!)

Wenn Sie den Bürgern wirklich helfen wollen, dann setzen Sie sich doch dafür ein, dass die unsinnige CO_2-Steuer endlich abgeschafft wird, und pumpen Sie nicht immer mehr Geld in Ihren Klimairrsinn; denn im Haushalt des Bauministeriums finden sich ganze 76 Millionen Euro dafür. Sie setzen sich aus etwa 38 Millionen Euro für die Umsetzung der Bayerischen Klimaschutzoffensive bei staatseigenen Gebäuden und weitere 36 Millionen Euro für Klimabusse zusammen.

Die Investition der Staatsregierung in Klimabusse kann man aber eigentlich nur mit Humor nehmen: Diese Busse sind in der kalten Jahreszeit nicht voll einsatzfähig, weil sich ihre Akkus bei Kälte zu schnell entladen. Die Staatsregierung fördert also die Anschaffung von Bussen, die erst einsatzfähig sind, wenn die globale Erwärmung eingetreten ist, die sie eigentlich verhindern soll.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Herr Hofmann von der CSU, Sie lachen vielleicht jetzt an dieser Stelle;

(Michael Hofmann (CSU): Im Gegenteil!)

aber das ist der bittere Ernst Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht denkt ja der eine oder andere einfältige Gutmensch in Ihren Reihen

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Nötigung!)

– Sie fühlen sich offenbar angesprochen, Herr Kollege von den FREIEN WÄHLERN –, das sei doch alles nicht so schlimm. Doch man schätzt,

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

dass der Bund allein 2024 18,5 Milliarden Euro durch die CO_2-Bepreisung abkassiert. Allein den bayerischen Bürgern wurden davon wohl 2,5 bis 3 Milliarden Euro abgeknöpft; aber natürlich versucht die Staatsregierung, auch den Bürgern zu helfen. 2018 formulierte Söder das Ziel, bis 2025 etwa 10.000 neue Wohnungen zu errichten. Sieben Jahre lang haben Sie sich mithilfe Ihres Bauministers mächtig ins Zeug gelegt, um dieses Ziel zu erreichen, und ganze 510 Wohnungen sind es geworden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Komplette Ahnungslosigkeit! Komplette Ahnungslosigkeit!)

– Das sind die Zahlen Ihrer Staatsregierung, Frau Schorer-Dremel.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Sie können diese leugnen, aber sie bleiben trotzdem warm.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

510 Wohnungen sind mickrige 5,1 % Ihres selbstgesetzten Ziels.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Schauen Sie mal nach Ingolstadt!)

Ja, es mag vielleicht mehr sein, als die SPD bei der nächsten Landtagswahl erreichen wird.

(Heiterkeit bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach, tatsächlich?)

Dennoch ist es mickrig wenig.

(Beifall bei der AfD)

Wir sehen, dass Sie nicht einmal Ihre selbstgesetzten Ziele erreichen. Sie verfehlen sie grandios, und allen voran verfehlt Markus Söder seine Ziele grandios.

(Michael Hofmann (CSU): Machen Sie ein wenig auf Schuberl?)

Vielleicht liegt das auch daran, dass er sich mit Dönerläden einfach besser auskennt als mit der Schaffung von neuen Wohnungen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Zwischenbemerkung. Kollege Jürgen Baumgärtner, bitte.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Kollege, ich habe nur eine Frage. Sie haben "76 Millionen Euro" gesagt. 1.000 Wohnungen: Dann hätten Sie einen Quadratmeterpreis von 1.000 Euro. Wie wollen Sie das machen? Erklären Sie mir das einmal.

Daniel Halemba (AfD): Danke schön, Herr Kollege. Sie wissen, dass man, um eine solche Berechnung seriös anstellen zu können, auch die Quadratmeterzahl der Wohnungen festlegen muss.

Ich weiß jetzt nicht, welche Quadratmeterzahl Sie bei den 1.000 Euro angenommen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) – Michael Hofmann (CSU): Wir reden vom sozialen Wohnungsbau!)

Wenn wir aber von 30-Quadratmeter-Wohnungen ausgehen, dann haben wir einen Quadratmeterpreis von 2.500 Euro, der auch realistisch ist.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch! Das ist ja peinlich! Das ist wirklich übel! – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat sich zur allgemeinen Beruhigung Herr Staatsminister Bernreiter zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Als Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr sichern und gestalten wir zentrale Grundvoraussetzungen für eine Lebensqualität in Bayern, die sehr hoch ist, und mit dem Doppelhaushalt setzen wir unseren Einsatz konsequent fort. Ich möchte schon einmal eine Zahl herausstellen: In den fünf Jahren zwischen 2022 und 2027 wächst unser Budget um rund 2,4 Milliarden Euro. Das sind ungefähr 50 %. Man muss sich einmal vorstellen, was da in den letzten Jahren passiert ist.

Die Staatsregierung investiert also entschlossen in die Aufgaben, die vor uns liegen. Ich möchte mich ausdrücklich bei unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und beim Kollegen Finanzminister Albert Füracker bedanken, dass wir auch in schwierigen Zeiten anpacken können. Das ist nicht selbstverständlich. Ich habe hier volle Unterstützung erfahren; darauf komme ich nachher noch.

Das Geld aus dem Sondervermögen ist sehr wohl in unseren Etat gepackt worden, weil wir entsprechend investieren. Wir tun alles, was möglich ist, um die Herausforderungen, so gut es geht, zu bewältigen. Klar ist aber auch: Unsere Möglichkeiten sind nicht grenzenlos. Bayern ist keine Insel, die von globalen Entwicklungen verschont bleibt.

Ich möchte jedoch Folgendes herausstellen, weil ich glaube, dass hier kein anderes Bundesland mithalten kann: Wir haben – das ist in diesen Tagen schon öfters gefallen – eine Investitionsquote von sage und schreibe 17 %. Diese Investitionsquote kann sich wirklich sehen lassen. Einen Großteil davon darf ich mit meinem Team in unserem Ministerium umsetzen. Dafür bin ich natürlich sehr dankbar.

Klar ist aber, dass nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann. Was ich da heute und gestern wieder alles gehört habe! Ich habe auch beim Thema Investitionen gehört, dass man ein kostenloses Mittagessen ausgeben solle. Wo hier die Investition ist,

weiß ich nicht. Vielleicht wissen das aber diejenigen, die das aufs Tapet gebracht haben.

Meine Damen und Herren, ich brauche es nicht zu wiederholen; denn es haben fast alle Kolleginnen und Kollegen gesagt: Eigentlich haben wir seit dem Jahr 2020 immer wieder Krisen, von denen die Bauwirtschaft natürlich sehr stark betroffen ist. Wir hatten die Pandemie mit erheblichen Folgen für den Bausektor. Wir haben seit über vier Jahren den Krieg in der Ukraine, dazu die Handelskonflikte und zuletzt den Krieg im Iran.

Für 2026 war die Bauwirtschaft zu Jahresanfang – das können Sie alles nachlesen – sehr optimistisch und hat mit einem Wachstum in allen Sparten gerechnet. Der Krieg im Iran hat aber für neue Unsicherheiten gesorgt. Die Bauzinsen sind auf dem höchsten Stand seit zwei Jahren. Auch die Energie- und Baupreise steigen wieder. Die neue Debatte über Preisgleitklauseln zeigt, wie angespannt die Lage hier ist. Ich kann nur sagen: Wir unterstützen die Baubranche gerne, wo wir können.

Klar ist aber: So kraftvoll unser Budget auch ist, Bayern kann das alleine nicht richten. Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel. Wir brauchen weniger Staat und mehr privates Engagement. Wir brauchen mehr Spielraum für Eigeninitiative, gerade beim Bauen. Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Anreize. Meine Damen und Herren, dieser Kurswechsel muss uns gemeinsam gelingen.

Seit 2025 sehen wir im Bund eine Trendwende auch in unseren Bereichen. Für den Wohnungsbau sind im Koalitionsvertrag des Bundes viele Vorschläge verankert, die das Bauen wieder einfacher, schneller und günstiger machen können. Ich sage auch dazu: Viele dieser Vorschläge stammen aus Bayern.

Bei der Infrastruktur ist für uns das Wort des Kanzlers und des Koalitionsausschusses entscheidend. Alles, was baureif ist, wird gebaut. Das fordern wir natürlich auch ein.

Meine Damen und Herren, wir steigern unsere Investitionen in den Bereichen Wohnen, Bau und Verkehr und stehen als Freistaat für maximale Verlässlichkeit im Rahmen unserer Möglichkeiten. Es wurde das Gesamtvolumen angesprochen. 6,9 und 7,1 Milliarden Euro im Doppelhaushalt und damit 14 Milliarden Euro, das ist eine gigantische Summe, und das Budget wächst um rund 208 Millionen Euro in 2026 und in 2027 um weitere 154 Millionen Euro.

Darüber hinaus haben wir – der Kollege Hofmann hat es angesprochen, weil es eigentlich Wahnsinn ist – Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 19,7 Milliarden Euro in diesem Jahr und 8,6 Milliarden Euro für das nächste Jahr eingeplant, um, überhaupt die Verpflichtungen eingehen zu können, lieber Kollege Büchler; denn auch du sitzt mit uns im Gefängnis, wenn wir bei der BEG Aufträge für 12 Jahre im Voraus erteilen und nicht wissen, wie wir das bezahlen sollen. Auch da, lieber Kollege Albert Füracker, ein herzliches Vergelts Gott, dass du uns da in eine gute Position gebracht hast und wir die Bestellungen alle auslösen können.

Mit unserem Doppelhaushalt setzen wir die richtigen Prioritäten. Ich möchte auf die vier Bereiche auch noch näher eingehen. Das sind der Wohnungsbau, das Thema "Neues Bauen" – unser neuer Kurs im staatlichen Hochbau –, der Verkehr und die Mobilität sowie unser Engagement im ländlichen Raum.

Zum Wohnungsbau: Meine Damen und Herren, seit 2023 investieren wir jedes Jahr über 1 Milliarde Euro in die Wohnraumförderung. Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind – das möchte ich noch einmal herausstellen – insgesamt 3,6 Milliarden Euro verankert. Das sind – der Kollege Füracker sagt immer, ich solle es draußen sagen – Rekordsummen.

Aus dem Sondervermögen haben wir 1 Milliarde Euro in diesen wichtigen Bereich gesetzt. Ich habe jetzt andere Vorschläge gehört, und ich bin eigentlich darüber erschüttert, was Sie, Frau Kollegin Gross, erzählt haben. Das muss ich einmal ganz ehrlich sagen. Sie erzählen immer, was wir weggenommen hätten; die Portokasse.

Wir haben jedoch eine Milliarde Euro aus dem Sondervermögen in diesen Bereich gesteckt, eben weil er uns so wichtig ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin auch echt verärgert darüber, was Sie hier gesagt haben. Das muss ich klar sagen. Sie haben von denjenigen erzählt, die mit dem vorzeitigen Maßnahmenbeginn Probleme haben. Sie müssten mir einmal einen Fall schildern, wo das so ist. Ich habe hier an dieser Stelle für die Staatsregierung das Versprechen abgegeben, dass jeder, der einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn hat, auch bedient wird. Das haben wir bis zum heutigen Tag, bis zu dieser Stunde eingehalten. Verbreiten Sie daher nicht Verunsicherung. Darüber bin ich echt mehr als grantig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Wahrheit ist, und da könnten Sie sich einmal verwenden: Ich war letzte Woche in Regensburg. Dort hatten wir ein Richtfest für BayernHeim: 185 Wohnungen in sage und schreibe 15 Monaten vom Spatenstich bis zur Fertigstellung Ende des Jahres. Ich muss in 15 Monaten also 100 % der Förderung hinlegen. Ihre Kollegin kann nichts dafür, sie hat es mir anders versprochen, aber der Bundesfinanzminister hält sich nicht an die Versprechen der Bauministerin.

Die Jahresscheiben: Ich habe es Ihnen schon 25-mal erzählt. In diesen zwei Jahren bekomme ich 27 % der Bundesförderung. Alles andere muss ich vorfinanzieren.Das ist der entscheidende Nachteil. Alle Länder fordern ein, dass die Jahresscheiben zusammengestrichen werden und dass die Finanzierung schneller fließt;

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

denn dann kann man reden und hier große Töne spucken – Entschuldigung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben die Wohnungsbaumilliarde weiter verstetigt. Der Löwenanteil kommt vom Freistaat. Wir setzen in beiden Jahren Landesmittel in Höhe von 615 Millionen Euro ein. Schwerpunkte sind weiterhin der soziale Wohnungsbau, die EOF-Förderung, das kommunale Wohnraumförderprogramm und auch die Wohnplätze für Studierende und Auszubildende, was hier auch alles gesagt worden ist. Frau Kurz sitzt jetzt in der letzten Reihe: Sie können sich einmal die Zahlen anschauen. Wir haben im Jahr 2024 allein für die Wohnraumförderung für Studierende und Auszubildende 161 Millionen Euro ausgegeben. Das ist fünfmal so viel, wie die zehn Jahre vorher im Schnitt ausgegeben wurde. Wir haben die Studierendenwerke in die Lage versetzt, dass sie jetzt Fördermittel beantragen können, weil wir Eigenkapital dazugegeben haben. Auch da sind wir unendlich gut unterwegs und können uns mit jedem messen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit seinen drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften schafft der Freistaat auch selbst bezahlbaren Wohnraum. Ich erinnere mich gut an die jahrelange Kritik der Opposition; heute kam sie von der rechten Seite. Sie können heute Abend noch einmal nachschauen, was Kollege Nolte gesagt hat und was Sie gesagt haben. Da fehlt nämlich die Hälfte an Wohnungen bei dem, was der Kollege Nolte gesagt hat. Vielleicht können Sie sich untereinander einmal abstimmen, was da Fakt ist.

(Michael Hofmann (CSU): Die können ja nicht einmal lesen!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe mir die letzten Jahre hier viel anhören müssen. Wir sind mit der Baunova und unseren drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften sehr gut unterwegs. Ich muss einmal zurückblicken: Von 2018 bis 2022 gab es für uns gar keinen Grund. Es gab einen Bauboom und Investitionen in Betongold. Da hat sich auch keiner um eine Wohnraumförderung bemüht, weil die Bauwirtschaft mit anderen Dingen ausgelastet war.

Dann sind wir eingestiegen. Wir sind super unterwegs. Allein bei unserer Baunova haben wir aktuell 5.300 Wohnungen im Bau und 19.500 Wohnungen im Bestand. Es

vergeht kein Monat, in dem ich nicht bei einem Spatenstich, bei einem Richtfest oder bei einer Schlüsselübergabe bin. Wir werden bei der BayernHeim allein in diesem Jahr 2.000 Wohnungen fertigstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden das Ziel erreichen, aber jetzt ist es ja umgedreht. Ich weiß nicht, ob Sie die Diskussion überhaupt mitbekommen haben. Jetzt kommt die Diskussion bei mir: Du machst zu viel mit der BayernHeim. Der Staat muss sich jetzt zurücknehmen. Die Genossenschaften wollen das Geld haben und alle anderen. Warum bist du da unterwegs?

Ich glaube, dass wir einen sehr vernünftigen Kurs fahren. Ich möchte mich ausdrücklich auch bei den Aufsichtsratsmitgliedern und dem Vorsitzenden Jürgen Baumgärtner, beim Kollegen Behringer und auch bei Natascha Kohnen ganz herzlich bedanken. Ich glaube, dass hier vernünftig zusammengearbeitet wird. Der Erfolg kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe es vorher angesprochen: Wir müssen die Dinge jetzt natürlich gestalten, die Baupreise nach unten drängen. Für den Gebäudetyp E werden wir eine Umbauordnung auf den Weg bringen. Wir müssen aber auch die steuerlichen Anreize schaffen, damit der frei finanzierte Wohnungsbau wieder funktioniert.

(Michael Hofmann (CSU): So ist das!)

Die Zeit drängt; ich möchte auch nicht überziehen. Wir haben letzte Woche im Kabinett das Thema "Mieten statt Bauen" für den staatlichen Hochbau vorangebracht. Wir sind bei der Mobilität sehr gut unterwegs. Es ist auch angesprochen worden: Wir haben im Doppelhaushalt eine Staatsstraßenmilliarde. Kollege Büchler, ich habe nachgeschaut: Das ist schon online; das kannst du heute Nacht studieren. Vielleicht kannst du sogar unserem Haushalt zustimmen.

(Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Da habe ich schon reingeschaut!)

Das wäre dann die Möglichkeit, weil wir da wirklich gut unterwegs sind. Ich habe auch nachgeschaut: Unser Innovationstopf ist an der Haushaltsstelle Kapitel 09 40 Titel 883 01-8 verankert. In Anlage A wird das Geld entnommen. Wir haben erste Pilotprojekte, die wir starten wollen. Die Kommunen wissen das. Wir sind mit denen in Verhandlungen. Die Kommune muss natürlich auf die Ortsumfahrung außen verzichten; dann können wir innen durchstarten. Auch dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Markus Büchler (GRÜNE))

Zur Schieneninfrastruktur. In Bayern werden allein in diesem Jahr von der DB InfraGO 4 Milliarden Euro investiert. Wir kommen da schon voran. Jetzt hat es geheißen, das Sondervermögen wird gar nicht so ausgenutzt – selbstverständlich. Auf dem Hochleistungskorridor in Richtung meiner Heimat, Nürnberg-Regensburg, Regensburg-Passau, werden in diesem Jahr allein 2,4 Milliarden Euro investiert. Ich möchte mir nicht vorstellen, dass man das unter rollendem Rad verbauen müsste. Das funktioniert.

Zu den GVFG-Projekten. Ich glaube nicht, dass ein anderes Bundesland das so nutzt wie wir. Bei der Stammstrecke haben wir in diesem Jahr auch wieder 190 Millionen Euro an Landesmitteln eingesetzt. Wir investieren hier gewaltig. Ich sage wirklich nicht aus Überheblichkeit: Was Schleswig-Holstein hier investiert, zahlen wir jährlich aus der Portokasse.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Markus Büchler (GRÜNE))

– Wir haben aber in den letzten Jahren für Aufgaben, die uns nichts angehen, im Schnitt 340 Millionen im Jahr investiert. Ich bin sehr dankbar, ich bin für die Unterstützung dankbar. Der Oberste Rechnungshof hat mir geschrieben, ich soll das bleiben lassen, das geht mich nichts an. – Das muss man ganz genau sagen; darum müssen wir da auch vorankommen.

Beim Schienenpersonennahverkehr sind wir überall unterwegs; ich habe das vorhin angesprochen. Wir haben auch für die Hybridzüge die barrierefreie Neigezugtechnik. Das weißt du selbst: Wenn wir mit dem nicht fahren, haut es uns in Nordbayern und im Allgäu den kompletten Fahrplan zusammen. Wir sind unterwegs. Wir werden das gemeinsam hinbringen. Wir haben den Startschuss für den zweiten Münchener S-Bahn-Vertrag auf den Weg gebracht. Dafür brauche ich natürlich Verpflichtungsermächtigungen, um all die Dinge anschieben zu können.

Zum Deutschlandticket sind die Dinge eigentlich angesprochen worden. Ich bin schon froh, dass wir es jetzt geschafft haben, dass der Preis nicht politisch festgelegt wird. Was bin ich beschimpft worden! Ich hätte das Geld natürlich lieber zuerst in die Infrastruktur gesteckt, dann in den Ausbau des Angebots und danach in einen angemessenen Preis. Mir ist immer gesagt worden: Wenn wir die Preise erhöhen, steigen so viele aus. – Ich habe neulich in der Verkehrsministerkonferenz gesagt: Eigentlich müsstet ihr mir alle dankbar sein, weil ich durchgesetzt habe, dass der Preis zumindest erhöht wird, dass die 3 Milliarden Euro, die von Bund und Ländern kommen, ausreichen. Die Fahrgäste sind immer mehr geworden. Die Unkenrufe haben nicht funktioniert; das hat auch entsprechend geklappt.

Mir ist schon noch wichtig, was wir gemeinsam hinbringen müssen. Der Fraktionsvorsitzende hat gestern gesagt, er hat einen Draht zu Herrn Klingbeil, den könnte er nutzen. Ich habe auch schon mit meiner A-Ländersprecherin aus dem Saarland Kontakt gehabt. Wir brauchen den Bundesfinanzminister für die Umsetzung des Koalitionsvertrages, was die Regionalisierungsmittel anbelangt. Das ist das Limit. Bis 2031 brauchen die Länder 14 Milliarden Euro, sonst müssen wir abbestellen; darin ist das Urteil vom EuGH zu den Trassenpreisen noch gar nicht beinhaltet. Da stehen wir vor großen Herausforderungen. Wenn das von der Bundeskoalition nicht gelöst wird, bestellen wir reihenweise in ganz Deutschland Nahverkehr ab. Das ist die Wahrheit.

Zum ÖPNV nur noch: Ich habe acht Jahre lang selbst den kommunalen Finanzausgleich verhandeln dürfen. Ich könnte auch die Zeile sagen, wo das steht. Von den

Kommunen ist dazu keine Forderung gekommen; das könnte der Kollege Füracker bestätigen. Wenn man 850 Millionen Euro Aufwuchs beim kommunalen Finanzausgleich hat und der ÖPNV Teil dieses FAG ist, weiß ich nicht, wovon ihr sprecht. So einen Aufwuchs hat es in ganz Deutschland nirgends gegeben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind bei der Städtebauförderung auch gut unterwegs. Wir haben seit 1971 8 Milliarden Euro investiert. Das ist ein Erfolgsmodell. Wir wollen das weiter ausbauen. Auch das hat der Bund erkannt. Das durfte ich beim Koalitionsvertrag mitverhandeln. Wir haben die Mittel zur Verfügung. Der Bund verdoppelt sie und ist wirklich dabei. Da ist das gekommen. Auch da haben wir rund 350 Millionen Euro jedes Jahr. Das sind gut 10 % mehr als 2025. Bei der Städtebauförderung gehen 70 % der Mittel in den ländlichen Raum, den wir hier auch unterstützen können.

Der Doppelhaushalt 2026/2027 ist ein Stabilitätsanker und die Grundlage für unsere vielfältigen Projekte. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hier hervorragende Arbeit. Ich danke wirklich für diesen großen Einsatz. Lassen Sie uns Bayern weiter bauen und weiter bewegen. Ich möchte mich auch ausdrücklich bei den Rednern heute hier aus der Koalition bedanken, bei unserem Ausschussvorsitzenden Jürgen Baumgärtner, dem Kollegen Behringer und den Haushältern Michael Hofmann und Bernhard Pohl. Ich möchte mich auch für die gute Zusammenarbeit bedanken. Das war im Haushaltsausschuss auch nett. Ich bin von der SPD sogar gelobt worden; das hat aber trotzdem nicht zur Zustimmung geführt. Das kann man heute ändern.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich hoffe, dass das heute vielleicht noch kommt. Vielleicht ist der Gedankenumschwung gekommen. Ich bitte Sie wirklich, diesem sehr soliden und innovativen Haushaltsplan für unseren Geschäftsbereich für die Jahre 2026 und 2027 zuzustimmen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, und auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst der Kollege Striedl, AfD-Fraktion.

Markus Striedl (AfD): Herr Staatsminister, vielen Dank für die Ausführungen. Jetzt habe ich schon mal eine Frage. Sie haben gesagt, dass wir jetzt endlich die große Wende im Bauwesen brauchen. Habe ich das richtig verstanden?

Ihre Partei ist jetzt seit 68 Jahren in Bayern an der Regierung. Eine Wende heißt immer umzudrehen, das Lenkrad rumzureißen. Jetzt würde mich mal interessieren: Wer hat denn bei Ihnen in den letzten Jahren so einen unheimlichen Mist gebaut, dass Sie das Lenkrad jetzt wieder rumreißen müssen?

(Heiterkeit bei der AfD)

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Die Dinge sind vorher angesprochen worden. Die Ziele sind verfehlt worden, und ich glaube, dass das angesagt ist. Wir haben das erkannt. Der Gebäudetyp E ist hier in der letzten Legislaturperiode einstimmig, glaube ich – ob Sie mitgestimmt haben, weiß ich nicht, das kann ich jetzt nicht sagen –, aber auf jeden Fall mit großer Mehrheit ins Leben gerufen worden. Man hat sogar in Berlin erkannt, dass das eine gute Idee aus Bayern ist. Man will es umsetzen. Das gehört jetzt endlich gemacht. Die Bundesjustiz- und die Bundesbauministerin müssen das in Kraft setzen. Wir wollen auch eine Umbauordnung für den Bestand umsetzen. Auch darüber sind die Planer sehr erfreut. Wir müssen schauen, wie wir die Kosten senken können. Wir müssen die Standards nicht immer nach oben schrauben, sondern wirklich nach unten kommen. Wir brauchen auch steuerliche Anreize, um den freifinanzierten Wohnungsbau wieder anzuschieben. Das ist eigentlich gar nicht so schwierig, und wir kämpfen dafür, dass Berlin das jetzt auch auf die Reihe bekommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin Gross, SPD-Fraktion.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich hätte jetzt doch eine Nachfrage. Ich weiß ja, dass Sie mehrfach versprochen haben, dass alle Objekte mit einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn auch eine Bewilligung bekommen. Frage an Sie: Sind die Bewilligungsbescheide schon draußen? Wenn ja, wann ist denn mit der Auszahlung der Mittel zu rechnen?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Spätestens wenn es bezugsfertig ist, weil das die Grundlage der Förderung war. Das haben wir jedem versprochen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10595 mit 19/10615, 19/10663 mit 19/10669, 19/10700 mit 19/10713 und 19/10788 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11375.

Ich beginne mit der Abstimmung über die drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion, über die auf Wunsch der Initiatoren namentlich abgestimmt werden soll.

Zunächst kommen wir zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Maßnahmen zur Umsetzung der Bayerischen Klimaschutzoffensive bei den staatseigenen Gebäuden" auf Drucksache 19/10609. Hierüber ist in namentlicher Form abzustimmen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten und beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 19:32 bis 19:35 Uhr)

Die drei Minuten sind abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften" auf Drucksache 19/10611. Der Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten und beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 19:35 bis 19:37 Uhr)

Die zwei Minuten sind um, und ich schließe die Abstimmung.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 19/10615. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten, ab sofort.

(Namentliche Abstimmung von 19:38 bis 19:40 Uhr)

Ich schließe auch diese Abstimmung.

Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, fahren wir fort mit der einfachen Abstimmung über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraumförderung" auf Drucksache 19/10601.

(Unruhe)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir das Abstimmungsergebnis ermitteln können. – Der Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen.

Wer dem Änderungsantrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe die Ergebnisse der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Maßnahmen zur Umsetzung der Bayerischen Klimaschutzoffensive bei den staatseigenen Gebäuden" auf Drucksache 19/10609: Mit Ja haben 27, mit Nein 125 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 23)

Ich komme zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften" auf Drucksache 19/10611. Mit Ja haben 27, mit Nein 123 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Keine Enthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 24)

Ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 19/10615 bekannt. Mit Ja haben 27, mit Nein 122 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 25)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09. Dieser wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/11375 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich in gleicher Weise anzuzeigen. – Das sind die übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 26)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> "Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/11375, weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10663 mit 19/10669, 19/10700 bis einschließlich 19/10713 und 19/10788 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 13: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (Drs. 19/11375); Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u. a. und Fraktion AfD (Drs. 19/10609)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel			
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian		X	
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus		X	
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina		X	
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander			
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin	X		
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine		X	
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel	X		
Hanna-Krahl Andreas		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	125	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 13: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (Drs. 19/11375); Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u. a. und Fraktion AfD (Drs. 19/10611)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel			
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian		X	
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus		X	
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina		X	
Feichtmeier Christiane			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin	X		
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine		X	
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel	X		
Hanna-Krahl Andreas		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth			
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	123	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 13: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (Drs. 19/11375); Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u. a. und Fraktion AfD (Drs. 19/10615)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel			
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian		X	
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus		X	
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina		X	
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin	X		
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine		X	
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel	X		
Hanna-Krahl Andreas		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	122	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **13**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Zuschüsse für den ÖPNV im Landkreis und in der Stadt Ansbach (Kap. 09 06 Tit. 633 60)
   Drs. 19/10595

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Erhöhung des Zuschusses an die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e. V. (Kap. 09 06 Tit. 686 80)
   Drs. 19/10596

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Mehr Leistungen an nichtbundeseigene Eisenbahninfrastrukturunternehmen für Investitionen (Kap. 09 06 Tit. 892 54)
   Drs. 19/10597

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Schwimmbadförderung erhöhen (Kap. 09 03 Tit. 883 05)
   Drs. 19/10598

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Planung für die zukünftige Wohnnutzung des ehemaligen Strafjustizzentrums an der Nymphenburger Straße in München (Kap. 09 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10599

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Zuschüsse des Landes für die einkommensorientierte Förderung des Wohnungsbaues gemäß Landesrecht BayWoFG und früher geltendem Bundesrecht
   (Kap. 09 04 Tit. 681 55)
   Drs. 19/10600

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Wohnraumförderung
   (Kap. 09 04 Tit. 863 51)
   Drs. 19/10601

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Energetische Modernisierung und barrierefreien und -armen Umbau von Wohngebäuden fördern
   (Kap. 09 04 Tit. 893 07)
   Drs. 19/10602

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Förderung der Verzahnung von Schienen- und Radverkehr
   (Kap. 09 06 Tit. 683 61)
   Drs. 19/10603

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Mobilitätswende in Bayern voranbringen – Radverkehr stärken
    (Kap. 09 06 Tit. 883 81)
    Drs. 19/10604

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Barrierefreien Ausbau von bayerischen Bahnhöfen beschleunigen
    (Kap. 09 06 Tit. 891 52)
    Drs. 19/10605

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Waldmann u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Keine Kürzung bei barrierefreien Bahnhöfen!
    (Kap. 09 07 Tit. 891 74)
    Drs. 19/10606

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes beschleunigen
    (Kap. 09 07 Tit. 891 75)
    Drs. 19/10607

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Aufstockung des Personals in den Staatlichen Bauämtern
(Kap. 09 40 Tit. 422 01 und Tit. 428 01)
Drs. 19/10608

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Bayerischen Klimaschutzoffensive bei den staatseigenen Gebäuden
(Kap. 09 03 TG 60 - 63)
Drs. 19/10609

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kapitalzuführung an die Baunova Bayern GmbH für Zwecke der BayernHeim GmbH
(Kap. 09 04 Tit. 831 01)
Drs. 19/10610

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 19/10611

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Modellprojekt Serienfertigung von Bauteilen für den Wohnungsbau in UHPC-Wabenbeton-Leichtbausystem
(Kap. 09 04 neuer Tit.)
Drs. 19/10612

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Klimabusse
(Kap. 09 06 Tit. 893 60)
Drs. 19/10613

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Deutschlandticket
(Kap. 09 06 TG 64)
Drs. 19/10614

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen (Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 19/10615